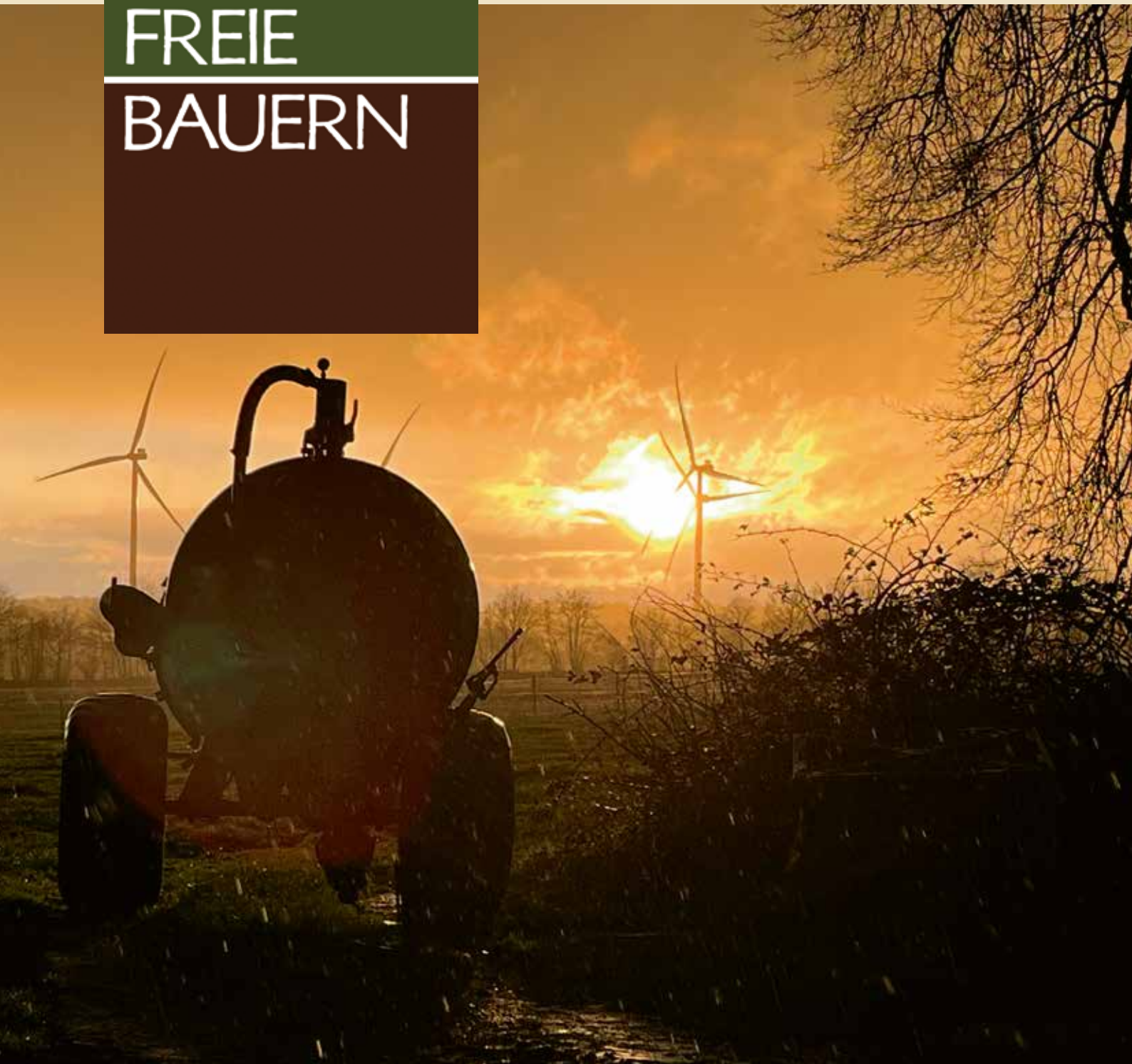


FREIE BAUERN



Nach der Demo ist vor der Demo / Lindners Steuerpläne sind Frechheit und Demütigung / 1. Januar 2024: Umsteuern in der Agrarpolitik – Nachdrücklicher Protest, aber keine Gewalt / Demonstrationen am 8. Januar und 15. Januar / Agrardiesel: Diese Bundesregierung leidet unter Realitätsverlust / Bauern-Soli: unsozial und ungesund / Werner für Wertschöpfung: LSV Deutschland und FREIE BAUERN machen Druck / Klage gegen Verleumdung durch Bauernverbandspräsidenten / Solidarität mit Polen: Wir brauchen eine Transit-Lösung für ukrainische Agrarprodukte / Ablehnung von Tierwohl-Cent: faire Rahmenbedingungen statt neuer Subvention / Artikel 148: Vertragspflicht muss für ausnahmslos alle Milchlieferungen gelten ...

FREIE BAUERN Deutschland**Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe**

Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim
Weiteres Mitglied: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Jann-Harro Petersen, 25881 Tating

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 0173-3511680, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Salzwedel, Telefon 0174-1801177, frieda.salzwedel@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Anja Giesen, Telefon 0170-5554908, anja.giesen@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg)

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsaue
Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen
Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur
Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen OT Höperhöfen
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen
Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel

Landesvertretung Baden-Württemberg

Landessprecher: Thomas Frenk, 77963 Schwanau OT Nonnenweier
Stellvertretender Landessprecher: Markus Federolf, 74632 Neuenstein OT Kleinhirschbach
Weiteres Mitglied: Christine Knobloch-Hiller, 70597 Stuttgart OT Degerloch
Weiteres Mitglied: Andreas Schmid, 76187 Karlsruhe OT Maxau
Weiteres Mitglied: Anton Abele, 73497 Tannhausen

Frühlingsanfang oder: Nach der Demo ist vor der Demo!

Liebe Berufskollegen,

was für ein Winter ... vom Strohballen Häckseln im Advent über Demonstrationen und Mahnwache vor dem Brandenburger Tor, Werners Deutschlandtour und die vielen Protestaktionen bis heute haben wir den Winterschlaf fast vergessen. Was wir an Stunden und Diesel investiert haben, möchte ich lieber nicht ausrechnen. Trotzdem würde ich keine einzige Stunde davon missen wollen und bereue nichts: Es war eine



gute Entscheidung aktiv zu werden, loszufahren. Wir kämpfen für eine gute Sache, nämlich für die Zukunft unserer Betriebe. Und es ist ein gutes Gefühl, viele tolle Menschen kennenzulernen, die genauso engagiert mitmachen, die unterstützend an unserer Seite stehen.

Ganz wichtig für meine persönliche Motivation war, zu wissen, wofür wir auf die Straße gehen. Klar, mit ihren Steuererhöhungen hatte die Bundesregierung die Stichworte geliefert. Jeder hatte das Sümmchen vor Augen, das ihm fehlen würde – und das nach einem auch so schon schwierigen Wirtschaftsjahr. Aber der Agrardiesel war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, und mit unserem Forderungskatalog vom 1. Januar haben wir von vornherein auch den Inhalt des Fasses angesprochen und uns nicht an diesem einen Thema festgebissen. Deshalb mussten wir auch nicht nach der unterirdischen Lindner-Rede vom 15. Januar mit gesenktem Kopf nach Hause ziehen, sondern wir konnten erhobenen Hauptes weitermachen, für ein grundlegendes Umsteuern in der Agrarpolitik.

Wenn man weiß, was man will, weiß man auch, wann der Protest zu Ende ist, nämlich wenn wir unsere Ziele erreichen. Dass es jetzt auf der Straße ruhiger wird, weil wir wieder über unsere Äcker toben, sollte niemanden zu falschen Schlußfolgerungen verleiten. Wir sind ja Bauern und keine Berufsdemonstranten, und als Bauern entscheiden wir selber, wann wir welche Form des Protestes wählen. Den eigenen Hof solide weiter zu bewirtschaften trotz aller Schwierigkeiten, aller Zumutungen der Politik, ist bereits eine Form des Protestes. Und das, was wir alle zusammen in den letzten Monaten geschafft haben und vielleicht noch schaffen werden, ist ja nicht weg: Unser Rückhalt in der Bevölkerung bleibt, der Druck auf die Politik genauso. Unsere Forderungen werden wir geduldig immer wieder vorbringen.

Vermutlich sind wir genau deshalb bislang die einzigen, mit denen Özdemir nicht spricht: Eben weil wir wissen, was wir wollen, ihm nicht nach dem Munde reden und uns nicht kaufen lassen. Wir sind gewachsen mit den Protesten, haben den Protesten unseren Stempel aufgedrückt – wer mit seiner Agrarpolitik den Berufsstand ansprechen will, kommt an uns nicht mehr vorbei. Wir sind die Bauern, die weitermachen, von ihrem Beruf überzeugt sind. Wir wollen keine neuen Subventionen, keine Transformationen, keine Kommissionen, die uns was über unsere Zukunft erzählen. Wir wollen unsere Zukunft selber in die Hand nehmen, faire Rahmenbedingungen und dass man uns ansonsten in Ruhe lässt. Die Bundesregierung sollte endlich anständig mit uns Bauern umgehen oder sie sollte gehen.

Wir demonstrieren, bis unsere Ziele erreicht sind. Jetzt aber erstmal raus in den Frühling!

Euer Frerk Arfsten (Ansprechpartner der FREIEN BAUERN in Sachsen-Anhalt)

FREIE BAUERN: Lindners Steuerpläne sind eine unerträgliche Frechheit und Demütigung unseres Berufsstandes

(15.12.2023) Die FREIEN BAUERN haben die Bundesregierung aufgefordert, ihre Steuerpläne für die Landwirtschaft komplett zurückzuziehen. „Wie auch immer man die Vorschläge Lindners zu Agrardiesel und Kfz-Steuer bezeichnen mag, unterm Strich handelt es sich um eine Steuererhöhung von über 900 Millionen Euro zulasten einer einzigen Berufsgruppe – das ist eine unerträgliche Frechheit und Demütigung“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN, und rief dazu auf, an der Protestkundgebung aller Agrarorganisationen am Montag vor dem Brandenburger Tor teilzunehmen: „Nachdem wir 2020 die Bauernmilliarde der Großen Koalition als Bestechungsgeld zurückgewiesen haben, lehnen wir auch die Bauernmilliarde ab, die uns diesmal die Ampel aus der Tasche ziehen will.“ Die Abschaffung von Agrardiesel und grünen Nummernschildern sei sozial und ökologisch ein grundfalsches Signal, kritisierte der 63jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Mit der Kfz-Steuer schadet die Politik vor allem den kleinen und mittleren Betrieben, die aus hoher Motorisierung mit gebrauchter Technik Schlagkraft generieren. Und dass einerseits eine Kraftstoffsteuer auf unsere Arbeit für das tägliche Brot angehoben wird, andererseits auf Flugreisen in ferne Länder gar keine Kraftstoffsteuer existiert, entlarvt doch das Klimageschwafel der Bundesregierung als pure Heuchelei.“

Obwohl durch die Steuerpläne ein Wahlversprechen gebrochen wird, wären die FREIEN BAUERN gesprächsbereit, wenn die Belastungen nicht oben drauf kommen würden auf eine Vielzahl bürokratischer Auflagen und ideologischer Einschränkungen in der Produktion, argumentiert Wolff: „Wir können die Kosten einfach nicht durchreichen, die uns durch zusätzliche Steuern und sinkende Erträge entstehen.“ Zwar gebe es von der Bundesregierung interessante Ankündigungen, die Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette zu stärken, räumt Wolff ein: „Entflechtung der Monopole, Reform der Lieferbeziehungen, Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel. Das sind alles gute Ansätze, aber ich sehe bislang keine konkreten Schritte oder gar verbindliche Zeitpläne. Nur die Steuererhöhung ist konkret, gleich nächstes Jahr.“

Ganz hängen lassen möchten die FREIEN BAUERN den Finanzminister dennoch nicht mit seinen selbst verursachten Problemen und schlagen eine Alternative zur massiven Steuererhöhung vor. Wolff: „Warum nimmt Lindner nicht die Milliarde aus dem Tierhaltungs-Umbauprogramm, um die Löcher im Haushalt zu stopfen? Diese sinnlose Investitionsförderung für Stallbaumaßnahmen, die angeblich dem Tierwohl dienen, aber vom Markt nicht oder zumindest nicht in dem Umfang nachgefragt werden, wird niemand vermissen.“ Mit einer entsprechenden Umschichtung der bereits eingestellten Mittel könnte der Finanzminister den Haushalt 2024 retten, was doch vordringliches Ziel sei, schätzt Wolff die Situation ein: „Über den Haushalt 2025 würde ich mir an seiner Stelle wahrscheinlich keine Gedanken mehr machen.“

Mit dieser Pressemitteilung begann eine Demo-Saison, die uns in Atem gehalten hat. Zur großen Demonstration am 18. Dezember vor dem Brandenburger Tor hatten wir noch mit Bauernverband und LSV gemeinsam aufgerufen ... Rederecht bekam dann allerdings nur der LSV. Was Frerk Arfsten dazu brachte, bei der Rede von Cem Özdemir den Auslegerarm seines in vorderster Reihe stehenden Häckslers mit FREIE-BAUERN-Fahne auszuführen und zur großen Freude des Publikums rot, gelb und grün eingepackte Strohhallen durch die Maschine zu jagen. Das Video kam auf Youtube auf über 50.000, auf Instagram

auf über 2 Millionen Klicks. Damit war das richtige Signal gesetzt. Die kurze Zeit zwischen den Festtagen haben wir intensiv genutzt, uns inhaltlich und strategisch aufzustellen ... und sind am 1. Januar um 0:30 Uhr mit klaren politischen Forderungen in die Öffentlichkeit gegangen, wenige Tage später als Reaktion auf erste Diffamierungen auch mit einer deutlichen Ansage zur Form der von uns unterstützten Proteste.



Januar 2024: Umsteuern in der Agrarpolitik

(01.01.2024) Die FREIEN BAUERN haben zur Beteiligung an den Protesten gegen die Steuerpläne der Bundesregierung aufgerufen und dabei betont, dass sich selbständige Landwirte von niemandem vorschreiben lassen, wie oder mit wem sie zu demonstrieren haben. In seiner Neujahrsbotschaft macht der Bundessprecher der FREIEN BAUERN Alfons Wolff zugleich deutlich, dass die Ampel-Koalition aus seiner Sicht zwar gescheitert sei, ein Regierungswechsel allein aber nicht die Probleme lösen würde. Statt dessen bedürfe es eines grundlegenden Politikwechsels, betonte Wolff: „Wir brauchen ein Umsteuern in der Agrarpolitik statt ungerechter Steuern.“

Januar 2024: Nachdrücklicher Protest, aber keine Gewalt

(05.01.2024)

Stellungnahme von Alfons Wolff,
Bundessprecher der FREIEN BAUERN:

Im Moment finden bundesweit für jeden Bürger spürbare Proteste der Bauern und anderer Berufsgruppen statt, die sich mit unseren Zielen solidarisieren. Ab dem Montag, dem 8. Januar, werden diese Proteste noch zunehmen. Unser Ziel ist ein positives Umsteuern der deutschen Agrarpolitik zu erreichen, im Interesse der Landwirte und damit im Interesse der gesamten Bevölkerung. In diesem Zusammenhang stehen die FREIEN BAUERN für nachdrückliche Protestaktionen unter Beachtung unserer Gesetze und im friedlichen Umgang miteinander, denn: Gewalt ist kein Mittel der demokratischen und politischen Auseinandersetzung. Wir sehen niemanden, auch nicht Politiker, Polizisten oder Ordnungsbehörden, als unsere Gegner an. Wir stehen dafür, auf erlaubte Art aber unüberhörbar laut unsere Meinung zu äußern, damit es zu den unbedingt notwendigen agrarpolitischen Änderungen kommt.



**Umsteuern
in der Agrarpolitik**
statt ungerechter Steuern



Ja zur Haushaltskrise: Endlich kein Geld mehr für bio-divers-vegane Experimente sowie für den von Bundesregierung, Bauernverband und NGOs beschlossenen sinnlosen Umbau der Landwirtschaft. Auch deshalb: Nein zur Steuererhöhung bei Agrardiesel und landwirtschaftlichen Fahrzeugen!

Wir protestieren gegen ungerechte Steuern – Straßenbau darf nicht von denen finanziert werden, die auf dem Acker fahren. Aber es geht um mehr als nur um Steuern: Wir wollen, dass unsere Landwirtschaft wieder einen festen und anerkannten Platz in der Gesellschaft erhält!

- 1. Schluss mit den EU-Programmen Green Deal und Farm-to-Fork**
Die gesamte Agrarpolitik muss auf zwei Ziele ausgerichtet werden: eine möglichst hohe Selbstversorgung und möglichst viele Selbstständige. Der bäuerliche Familienbetrieb ist das Leitbild für hochproduktive und zugleich nachhaltige Landwirtschaft.
- 2. Rücknahme aller Dünge-, Pflanzenschutz- und Tierhaltungsregeln**
die uns seit 2017 ideologisch bevormunden. Düngerverordnung, Pflanzenschutzanwendungsverordnung und Nutztierhaltungsverordnung müssen neu gefasst werden im Sinne von guter fachlicher Praxis. Umfassende Deregulierung in allen Bereichen.
- 3. Aufkündigung von Freihandelsabkommen und zollfreien Importen**
Die Abkommen mit Kanada und Neuseeland sind zu lösen, die Verhandlungen mit den USA und den Mercosur-Staaten abzubrechen, die Zollgrenze zur Ukraine muss wieder geschlossen und der Import von Soja und Palmöl deutlich reduziert werden.
- 4. Zerschlagung der Monopole in Handel und Lebensmittelindustrie**
auf der Grundlage der Kartellrechtsreform, unverzügliche Entflechtungsanordnung gegen Edeka, Aldi, Rewe, Lidl, DMK, Arla, Westfleisch, Vion und Tönnies. Vertragspflicht mit bezifferten Preisen für alle Lieferbeziehungen. Herkunftskennzeichnung.
- 5. Verbot von Gentechnik und Laborfleisch, Feuer frei auf die Wölfe**
Gentechnik und die damit verbundenen Patente bedrohen unser Eigentum an Nutzpflanzen und Nutztieren. Laborfleisch bedroht die natürliche Eiweißversorgung der Menschen. Und Wölfe bedrohen die Weidetierhaltung. Deshalb weg mit alledem !!!

Wir lassen uns von niemandem vorschreiben, wie wir protestieren und mit wem. Viele Menschen sind unzufrieden mit einer Politik, die das Land und den Mittelstand ignoriert. Sie wollen eine andere Politik, die das Eigentum schützt und die Arbeit ehrt. Wir Bauern sind nur ein Teil der Gesellschaft, aber wir erzeugen mit Gottes Hilfe das tägliche Brot. Darauf sind wir stolz.

Klarer Kurs für unsere bäuerlichen Familienbetriebe: www.freiebauern.de



„Moin, vor dem Brandenburger Tor ist am 8. Januar noch nichts angemeldet, können wir das für die FREIEN BAUERN machen?“ Gesagt, getan, über die sozialen Medien riefen unsere Mitglieder Frerk Arfsten und Jann-Eimo Dammeyer (Die Jungs vom Häcksler) auf, und mit 600 Schleppern und über 1000 Teilnehmern hatten wir in Berlin die Nase vorn.

FREIE-BAUERN-Demo am 8. Januar in Berlin: Wir brauchen mehr Selbstversorgung, mehr Selbständige!

(08.01.2024) Zum Auftakt der in ganz Deutschland stattfindenden Protestwoche haben die FREIEN BAUERN auf einer zentralen Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin deutlich gemacht, dass es längst nicht mehr nur um die von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhungen geht. „Alle Anstrengungen müssen auf das Ziel gerichtet sein, den Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln und die Zahl der selbständigen bäuerlichen Betriebe zu erhöhen“, rief Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN und Nebenerwerbslandwirt aus dem brandenburgischen Lennewitz den über tausend Demonstranten zu. Er forderte die komplette Rücknahme der zusätzlichen Belastungen und eine grundlegende Kehrtwende in der Agrarpolitik: "Weg mit Green Deal und praxisfremden Auflagen, Schluss mit dem Preisdruck durch Importe und Monopole, Verbot von Gentechnik und Laborfleisch, Feuer frei auf die Wölfe!" Die Veranstaltung in der Hauptstadt hatte Frerk Arfsten, Ansprechpartner der FREIEN BAUERN in Sachsen-Anhalt, kurzfristig organisiert, sie wird über die Woche als Mahnwache fortgeführt.

Fast alle unsere Mitglieder waren in dieser Woche unterwegs, flächendeckend im ganzen Land fanden die Proteste statt, in der Regel verbandsunabhängig, von den Berufskollegen vor Ort organisiert. Umso schöner, dass wir uns in der medialen Darstellung mit Demo und Mahnwache in Berlin nach vorn drängeln konnten. Herausragend das Portrait von Frerk in der Berliner Zeitung sowie mehrere Interviews auf Welt-TV. Wir blieben vor dem Brandenburger Tor, auch weil immer deutlicher wurde, dass die Bundesregierung nur bei der Kfz-Steuer einlenken, an der Steichung der Agrardieselrückerstattung aber festhalten würde.

FREIE BAUERN zum Agrardiesel: Diese Bundesregierung leidet unter Realitätsverlust

(11.01.2024) Die FREIEN BAUERN haben die Ampel-Abgeordneten davor gewarnt, einen durch Abbau des Agrardiesels finanzierten Haushalt zu beschließen. „Die anhaltenden Demonstrationen im ganzen Land zeigen, dass der Berufsstand nicht bereit ist, die Kosten für das politische Versagen dieser Bundesregierung zu tragen“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN. Dass massive Steuererhöhungen gegen die einzige weitgehend CO2-neutrale Branche als Abbau klimaschädlicher Subventionen verkauft werden, sei eine solche bodenlose Frechheit, dass erst nach Rücknahme des gesamten Sparpaketes wieder vernünftig miteinander gesprochen werden könne, so der 63jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Wir haben enormen Rückhalt in der Bevölkerung, immer mehr Berufsgruppen solidarisieren sich, fast alle Bundesländer haben sich inzwischen gegen die Kürzungen ausgesprochen – wie kann man nur so stur auf dem faulen Kompromissangebot beharren?“ Diese Unbeweglichkeit angesichts der großen Bewegung zeuge von zunehmendem Realitätsverlust der Bundesregierung, bedauert Wolff.

Scharf wenden sich die FREIEN BAUERN gegen Versuche, die zusätzlichen Belastungen der Landwirtschaft mit Verweis auf den im Dezember veröffentlichten Situationsbericht des Bauernverbandes zu rechtfertigen. „Diese Veröffentlichung war kontraproduktiv, sie gibt nicht annähernd die tatsächliche Einkommenssituation der Bauernfamilien wieder“, kritisiert Wolff. Von den 2022/23 angeblich erzielten 115.000 Euro Durchschnittsgewinn müssten die Tilgung von Krediten, Sozialversicherungen und Steuern abgezogen sowie die mithelfenden Familienangehörigen bezahlt werden, rechnet der Landwirt vor: „Berücksichtigt man noch die für landwirtschaftliche Unternehmer übliche 60-Stunden-Woche, erwirtschaften viele Kollegen nicht mal den Mindestlohn, und das in einem außergewöhnlich guten Jahr.“

Optimistisch stimmt Wolff, dass die Proteste viel Unterstützung aus allen Kreisen der Bevölkerung erfahren: „Überall Daumen hoch, knapp die Hälfte der Demonstranten sind überhaupt keine Landwirte, einen solchen Zuspruch weit über Mittelstand und ländlichen Raum hinaus erleben wir zum ersten Mal.“ Angesichts multipler Krisen erkennen auch Menschen, die der Landwirtschaft bisher fern standen, den Wert einer sicheren Versorgung mit Lebensmitteln, vermutet der Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Die Rücknahme der Steuererhöhungen kann daher nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Konsens über die Ziele von Agrarpolitik – nicht weniger, sondern mehr heimische Erzeugung und mehr tüchtige Bäuerinnen und Bauern braucht unser Land.“

FREIE-BAUERN-Demo am 15. Januar in Berlin: Weiter protestieren, bloß nicht aufhören und brav nach Hause!

Am 15. Januar mussten wir für knapp acht Stunden den Platz vor dem Brandenburger Tor räumen. Die große Demo des Bauernverbandes war überwältigend ... und hinterließ eine überwältigende Leere: Özdemirs Bauern-Soli, aus dem später der Tierwohl-Cent werden sollte. Lindners kategorische Weigerung, nochmal über die Steuererhöhung zu reden. Und derselbe Rukwied, der im Dezember noch gedroht hatte „Wir kommen wieder“ blies die Demo-Saison ohne konkretes Ergebnis ab, jetzt sei Zeit für Verhandlungen. Mit gesenkten Köpfen und hängenden Schultern zogen Tausende zu den Bauernverbands-Bussen, um brav nach Hause zu fahren. Und verpassten die eigentliche Demo, denn ab 15 Uhr hatten die Jungs vom Häcksler den Platz wieder für uns reserviert und auf unserer Bühne war der

Klartext zu hören, auf den man vorher vergeblich warten musste. „Als ich 1989 auf die Straße ging, habe ich von einem Land geträumt, in dem der Kluge und Tüchtige mehr hat als der Dumme und Faule und ich bin enttäuscht“, rief Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN den weit über 1000 Teilnehmern zu und warnte davor, ohne konkrete Ergebnisse den Protest abzublasen. Die Betriebe könnten die Steuererhöhungen derzeit nicht an ihre Abnehmer weiterreichen. „Mein Name ist Anthony Lee und ich hab die Schnauze voll“, tönte es im Anschluss über den Platz und der LSV-Sprecher forderte von der Politik faire Rahmenbedingungen für die Betriebe, mit dem unternehmerischen Risiko würde man dann schon klarkommen. Das größte unternehmerische Risiko sitze da drüben, sagte Lee und zeigte Richtung Regierungsviertel. „Wir stehen hier für unsere Familien, für unsere Freiheit und unser Eigentum, wir stehen für gelebte Nachhaltigkeit“, erklärte unser Mitglied Franz Prinz zu Salm Salm und hatte für die seiner Ansicht nach schlechteste Bundesregierung seit dem 2. Weltkrieg eine Empfehlung des Verkehrsamtes zum Umgang mit technischen Defekten parat: „Wir melden Deutschland heute eine Ampelstörung!“ Die ganze Veranstaltung ist dokumentiert auf Youtube unter „Moderner Landwirt“, hier kann man sich die leidenschaftlich vorgetragenen Reden in voller Länge anhören.



FREIE BAUERN zum Bauern-Soli: unsozial und ungesund

(16.01.2024) Die FREIEN BAUERN haben den von Grünen und FDP vorgeschlagenen Bauern-Soli grundsätzlich abgelehnt. „Wenn die Ampel jetzt versucht, einen Keil in die Proteste zu treiben, indem sie die Steuererhöhung für uns Bauern noch ergänzt durch eine Steuererhöhung für alle, dann hat sie rein gar nichts verstanden“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Wir wollen überhaupt keine Steuererhöhungen. Wir wollen einen kleineren Haushalt, weniger Staat – das sollte Herr Lindner vielleicht mal begreifen.“ Dass die beiden Parteien der Besserverdienenden die Konzerne der Lebensmittelbranche bisher schonen, aber Lebensmittel für die gesamte Bevölkerung teurer machen wollen, sei so abgrundtief unsozial, dass er gespannt sei, ob sich der Bundeskanzler wenigstens daran erinnern kann, wofür seine Partei einmal stand, so der 58jährige Milchviehhalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „Diese Bundesregierung hat bisher nichts vorgelegt, und deshalb ist es richtig, dass unsere Proteste weitergehen.“

Guhl bleibt auch bei der Forderung, die Streichung des Agrardiesels komplett zurückzunehmen: „Wir brauchen endlich eine Stärkung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette gegen die Macht der Monopole, dann können wir natürlich mehr Einkommensteuer zahlen.“ Seit Jahren würden sich die FREIEN BAUERN mit konkreten Vorschlägen für eine Entflechtung von Lebensmittelindustrie und Lebensmitteleinzelhandel einsetzen, eine Vertragspflicht in den Lieferbeziehungen und eine Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln. Guhl: „Zu all dem gibt es von der Ampel bisher nichts als Absichtserklärungen. Und jetzt sollen schon wieder Bauern und Verbraucher die Zeche zahlen, und die Herrschaften, die sich dazwischen eine goldene Nase verdienen, kommen ungeschoren davon.“

Die mit dem Bauern-Soli beabsichtigte Verteuerung von Milch, Fleisch und Eiern lehnen die FREIEN BAUERN auch aus ernährungspolitischer Sicht ab. „Damit würden unsere wertvollen Naturprodukte im Wettbewerb schlechter gestellt“, befürchtet Guhl und warnt vor einem „industriellen Kunstfraß aus degenerierten Kichererbsen, genmodifizierten Stammzellen und pulverisiertem Ungeziefer.“ Bauern und Verbraucher hätten ein gemeinsames Interesse an einer starken heimischen Landwirtschaft und einer gesunden Ernährung – diese Erkenntnis sei in den Protesten gewachsen und müsse weiter vertieft werden.

FREIE BAUERN fahren auf der Grünen Woche vor: Wir haben die Ankündigungen satt

(19.01.2024) Die FREIEN BAUERN haben ihre Demonstration gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung auf die Grüne Woche getragen. Unter dem Motto „Treckerrundfahrt mit Stulle statt Messerumgang mit Häppchen“ fuhren heute morgen mehr als 300 Landwirte mit ihren Traktoren sowie Spediteure mit LKW und weitere Bürger im PKW laut hupend um das Messegelände. „Für mich und ganz viele Berufskollegen ist es angesichts der andauernden Proteste nur noch befremdlich, wenn Cem Özdemir und Joachim Rukwied sich da drinnen vergnügen wie jedes Jahr“, sagte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN, der die Demonstration angemeldet hatte: „Wir haben die allgemeinen Ankündigungen satt, solche schwammigen Fragestellungen wie im Antrag der Ampelkoalition. Wenn wir jetzt nicht grundsätzlich rangehen – die Marktmacht der Monopole brechen, den Preisdruck durch Importe senken – dann wird diese Bundesregierung keine Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.“

Die Vorschläge der FREIEN BAUERN liegen seit langem auf dem Tisch, werden von der Ampel aber bisher kaum beachtet. Hintze: „Wir brauchen noch in diesem Jahr die geplante Kartellrechtsreform und Entflechtungsanordnungen mindestens gegen Edeka, Aldi, Lidl, Rewe, DMK und Tönnies, Verordnungen über eine Vertragspflicht mit konkret bezifferten Mengen und Preisen für Milch und Vieh sowie eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für alle Lebensmittel.“ Sofort umgesetzt werden könne auch eine Aufhebung der zollfreien Einfuhr von ukrainischem Getreide und ein Abbruch der Verhandlungen um ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, so der 51jährige Rindermäster aus dem brandenburgischen Krielow: „All dieses kostet kein Steuergeld, nur fehlt bislang der politische Wille. Vielleicht redet die Bundesregierung einfach mit den falschen Bauern.“



Aus Sicht Hintzes sei es deshalb richtig gewesen, sich inhaltlich nicht auf die ideologiegetriebenen Steuererhöhungen festzulegen: „In unserem Land läuft mehr schief als kleinkarierte Haushaltsfragen.“ Im Kern gehe es um eine Umverteilung von unten nach oben zulasten des hart arbeitenden Mittelstandes, die durch ein klares Umsteuern auch in der Agrarpolitik beendet werden müsse. Besonders freuen sich die FREIEN BAUERN daher über die Unterstützung aus der Bevölkerung, die es in dieser Breite vorher nie gegeben habe, und warnen vor voreiligen Schlussfolgerungen. Hintze: „Ganz gleich, wie sich die Proteste in den kommenden Tagen entwickeln, haben wir einen ganz starken Durchhaltewillen im Berufsstand festgestellt. Unsere Bauernhöfe haben schlimmere Zeiten überstanden. Wir räumen nicht das Feld.“

Mit der Fahrt zur Grünen Woche endete auch die Mahnwache vor dem Brandenburger Tor, die Marco Hintze und Timo Scheib mit zuletzt 30 Schleppern aufrecht erhalten hatten. Zeit für ein neues Projekt, und da traf es sich gut, dass Frerk Arfsten bei der Mahnwache vor dem Brandenburger Tor an der Feuertonne Werner Koslowski kennen und schätzen gelernt hatte, den Vater des niedersächsischen LSV-Vorsitzenden Dirk Koslowski ...

Werner für Wertschöpfung: LSV Deutschland und FREIE BAUERN starten Staffelfahrt für Umsteuern in der Agrarpolitik

(26.01.2024) LSV Deutschland und FREIE BAUERN haben ihre Auffassung bekräftigt, dass die von der Bundesregierung geplante Steuererhöhung auf Agrardiesel nicht beschlossen werden darf, so lange die landwirtschaftlichen Betriebe die daraus unmittelbar resultierenden Einkommensverluste nicht durch eine höhere Wertschöpfung ausgleichen können. Unter dem Motto „Werner für Wertschöpfung“ bricht daher am Sonnabend der Milchviehhalter Werner Koslowski aus dem niedersächsischen Wohnste mit seinem Traktor zu einer zwölf-tägigen Reise in die deutschen Landeshauptstädte auf, um jeweils vor den Landtagen die Forderungen beider Interessenorganisationen zu übergeben. „Wir verlangen von der Politik konkrete Maßnahmen gegen den Preisdruck durch Importe und Monopole, die unseren Betrieben ökonomische Spielräume in der Wertschöpfungskette verschaffen“, sagt Frerk Arfsten von den FREIEN BAUERN, der die Idee zur Staffelfahrt mit Werner Koslowski hatte. „Unsere Forderungen kosten kein Steuergeld, sie entlasten den Staat, stärken die unternehmerische Eigenverantwortung“ ergänzt Uta von Schmidt-Kühl von LSV Deutschland, die die Route geplant hat.



Werner für Wertschöpfung

und eine starke heimische Landwirtschaft



Die Steuererhöhung beim Agrardiesel kann so nicht stehen bleiben und darf auch nicht durch eine neue Subvention wie den Bauern-Soli kompensiert werden meint Werner Koslowski. Der 59-jährige Milchviehhalter aus dem niedersächsischen Wohnste macht sich deshalb mit dem Traktor auf den Weg, um für mehr Wertschöpfung zu werben. Wir wollen ja Steuern zahlen – Einkommensteuern! Dafür müssen wir mit unserer Arbeit auf unseren Höfen wieder ein vernünftiges Einkommen erzielen. Politik soll uns nicht subventionieren, sondern den Weg freimachen für eine starke heimische Landwirtschaft. Deshalb fordern wir:

1. **Verbot unlauterer Handelspraktiken** insbesondere Einkauf von Lebensmitteln unter Produktionskosten wirksam unterbinden
2. **Einführung einer Herkunftsland-Kennzeichnung** als Information für alle Bürger, verpflichtend auf allen Lebensmitteln im Einzelhandel und in der Gastronomie vorschreiben
3. **Vertragspflicht für Milch- und Schlachtviehlieferungen** – ohne Ausnahme für Genossenschaften – Preisdiktate beenden, Molkereien und Schlachthöfe zur Vorab-Vereinbarung konkret bezifferter Mengen und Preise zwingen
4. **Entflechtung der Monopole** in der Lebensmittelindustrie und im Lebensmitteleinzelhandel: Kartellrechtsreform zügig verabschieden, parallel Sektoruntersuchungen durchführen, noch 2024 Entflechtungsanordnungen mindestens gegen Edeka, Aldi, Lidl, Rewe, DMK, Tönnies
5. **Abbruch der Verhandlungen mit Mercosur und Chile** Freihandelsabkommen unter Einbeziehung von Agrarprodukten nur noch mit Ländern abschließen, die zu denselben sozialen und ökologischen Standards produzieren
6. **Auslaufen der Zollfreiheit für ukrainische Agrarprodukte** zum Juni 2024, ab sofort nur noch Transit zulassen, in verblombten Behältern zur Verschiffung nach außerhalb der EU
7. **Vereinfachte Neufassung der Produktionsauflagen** für Düngung, Pflanzenschutz und Nutztierhaltung nach den Maßgaben der guten fachlichen Praxis
8. **Effektiver Bürokratieabbau durch Bagatelgrenzen** im Verwaltungsvollzug, unterhalb derer Aufzeichnungspflichten und Routinekontrollen entfallen
9. **Verbot von Gentechnik und Laborfleisch** und aller patentierten Verfahren, mit denen die Konzerne die Produktion unter ihre Kontrolle bringen wollen
10. **Abschluss von Wölfen am Weidezaun** rechtssicher ermöglichen, Anpassung des Naturschutzrechts und Aufnahme in das Jagdrecht

Unsere Forderungen kosten kein Steuergeld, sie entlasten den Staat, stärken regionale Wertschöpfung und unternehmerische Eigenverantwortung – und brauchen breite politische Unterstützung. Mehr Infos über Werners Tour auf Instagram unter [lsvdeutschland](#) oder [freie_bauern_](#)

schaffen“, sagt Frerk Arfsten von den FREIEN BAUERN, der die Idee zur Staffelfahrt mit Werner Koslowski hatte. „Unsere Forderungen kosten kein Steuergeld, sie entlasten den Staat, stärken die unternehmerische Eigenverantwortung“ ergänzt Uta von Schmidt-Kühl von LSV Deutschland, die die Route geplant hat.

Im gemeinsamen Forderungspapier, das Werner Koslowski an möglichst viele Politiker unterschiedlicher Parteien übergeben und mit ihnen diskutieren möchte, geht es unter anderem um ein Verbot des Einkaufs unter Produktionskosten, die Einführung einer Herkunftsland-Kennzeichnung, eine Vertragspflicht für Milch- und Schlachtviehlieferungen sowie um die Entflechtung der Monopole in Lebensmittelindustrie und Lebensmitteleinzelhandel. Freihandel soll in Zukunft nur noch mit Ländern stattfinden, die zu denselben ökologischen und sozialen Standards produzieren, fordern LSV

Deutschland und FREIE BAUERN – zollfreie Einfuhren von ukrainischem Billiggetreide sollen daher auslaufen und die Verhandlungen über Abkommen mit den Mercosur-Staaten und Chile abgebrochen werden. Weiter wünschen sich beide Organisationen Vereinfachungen bei Düngung, Pflanzenschutz und Tierhaltung, effektiven Bürokratieabbau, das Verbot von Gentechnik und Laborfleisch sowie Rechtssicherheit für die Jagd auf Wölfe.

Mittwoch in Hannover: LSV Deutschland und FREIE BAUERN begrüßen Werner und machen Druck für mehr Wertschöpfung

(05.02.2024) Mit einer gemeinsamen Initiative möchten LSV Deutschland und FREIE BAUERN die Bundesregierung zu Zugeständnissen bewegen. In einem Zehn-Punkte-Katalog fordern beide Organisationen, die die Bauernproteste nach wie vor im ganzen Land fortsetzen, konkrete Verbesserungen für den Berufsstand, um den landwirtschaftlichen Betrieben künftig mehr Wertschöpfung zu ermöglichen, etwa die Entflechtung der Monopole in Lebensmittelindustrie und Lebensmitteleinzelhandel, den Abbruch der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten und Chile, das Auslaufen der Zollfreiheit für ukrainische Agrarprodukte und eine für den Verbraucher transparente Herkunftskennzeichnung auf allen Lebensmitteln. „Die Steuererhöhung beim Agrardiesel war nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, jetzt machen wir das Fass auf“, sagte Uta von Schmidt-Kühl von LSV Deutschland. „Unsere Forderungen kosten kein Steuergeld, aber wir verlangen konkrete Zusagen, schwammige Ankündigungen hören wir schon lange genug“, sagte Ferik Arfsten von den FREIEN BAUERN.

Zu einem Höhepunkt der Aktionen kommt es am Mittwoch, dem 7. Februar, wenn Milchbauer Werner Koslowski nach fast 3000 Kilometern mit dem Traktor, in deren Verlauf er die Forderungen an zwölf Landtagen übergeben und unter anderem mit Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow und Bayerns Agrarministerin Michaela Kaniber darüber gesprochen hat, die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover ansteuert. In seiner Heimat erwarten ihn zahlreiche Berufskollegen, Sprecher von LSV Deutschland und FREIEN BAUERN sowie Politiker zu einer großen Kundgebung um 14 Uhr vor dem Landtag. „Die Politik muss endlich handeln“, so Arfsten: „Mehr Wertschöpfung für unsere Betriebe geht nur, wenn wir den Preisdruck durch Monopole und Importe brechen.“ Bis die Bundesregierung ein konkretes Agrarpaket zugunsten der heimischen Landwirtschaft beschließt, gehen die Proteste weiter, kündigt von Schmidt-Kühl an: „Wir verbeißen uns nicht am Agrardiesel, aber ohne Ergebnisse hören wir nicht auf.“

Großer Bahnhof in Hannover: In seiner Heimat Niedersachsen warteten 800 Bauern und 350 Schlepper auf Werner Koslowski (Foto rechts), auf der Bühne sprachen Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte und Agrarpolitiker aller Landtagsfraktionen, Dirk Koslowski von LSV Niedersachsen und Cord Meyer von den FREIEN BAUERN Niedersachsen. Im Schlagabtausch mit der Ministerin verteidigte Werner den Agrardiesel als vorerst alternativlos für die Landwirtschaft und mahnte konkrete Schritte an, die Auflagenflut einzudämmen und einer guten fachlichen Praxis anzupassen.



Am Abend nach Hannover dann der Tiefschlag: Im Anschluss an einen Bericht über die Kundgebung in der NDR-Sendung „Hallo Niedersachsen“ kam die Göttinger Agrarsoziologin Janna Luisa Pieper zu Wort und bezeichnete LSV und FREIE BAUERN als „rechtspopulistische Vereinigungen“ mit „bis zu rechtsextremen Positionen“. Zwar entschuldigte sich der Sender im Anschluss, dass er versäumt hatte, nach Belegen zu fragen, und die niedersächsische Innenministerin erklärte, dem Verfassungsschutz lägen keinerlei diesbezügliche Hinweise vor, Pieper weigerte sich jedoch, eine Unterlassungserklärung zu unterschreiben. Wir haben die Dame, die bisher nur durch ein von der Bundesregierung finanziertes Landfrauenprojekt aufgefallen war, inzwischen verklagt ebenso wie den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Bauernverbandes, siehe unten. Auch einzelne Berichte vom RBB, der Funke-Mediengruppe und der Tageszeitung taz haben uns durch zusammenhanglose und verzerrte Darstellungen diffamiert, allerdings ohne rechtliche Angriffsfläche zu bieten. Auf jeden Fall drängt sich der Eindruck einer regelrechten Kampagne auf, für die es eigentlich nur eine Erklärung gibt: Wir sind einigen Leuten ganz gewaltig auf die Füße getreten.

FREIE BAUERN gehen gerichtlich gegen Verleumdung durch Bauernverbandspräsidenten vor

(11.02.2024) Die FREIEN BAUERN haben beim Amtsgericht Halle eine einstweilige Verfügung gegen den Präsidenten des Bauernverbandes Schleswig-Holstein Klaus-Peter Lucht beantragt. Lucht hatte sich in den Lübecker Nachrichten von „extremen Randgruppen, Rechtsbruch oder Aufrufen hierzu“ distanziert und als Beispiel explizit die FREIEN BAUERN genannt. „Mit unserem Antrag wollen wir erreichen, dass Lucht diese Behauptung gerichtlich untersagt wird, unter Androhung eines Ordnungsgeldes von bis zu 250.000 Euro, ersatzweise Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN und Landwirt aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Wir vertreten weder extreme Positionen noch bewegen wir uns außerhalb der Rechtsordnung, sondern wir machen nur eine bessere Agrarpolitik als der Bauernverband – das ist kein Grund, uns zu verleumden.“

Im Gegensatz zum Bauernverband setzen die FREIEN BAUERN ihre Proteste gegen die Politik der Bundesregierung fort, zeigen sich allerdings in den dabei verfolgten Zielen deutlich flexibler. „Die von der Ampel geplanten Steuererhöhungen halten wir nach wie vor für ungerecht, aber wir verbeißen uns nicht am Agrardiesel“, erläutert Wolff. Gemeinsam mit LSV Deutschland haben die FREIEN BAUERN deshalb einen Forderungskatalog vorgelegt, wie die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft unabhängig von den aktuellen Haushaltsproblemen deutlich verbessert werden kann. Wolff: „Wir verlangen mehr Eigenverantwortung für die Betriebe, Abbau von Regulierungen, Maßnahmen gegen den Preisdruck durch Importe und Monopole.“ Verschiedene Landesregierungen haben bereits Gesprächsbereitschaft signalisiert, auf einer Kundgebung beider Organisationen in der vergangenen Woche in Hannover sprachen Politiker aller Landtagsfraktionen und die grüne Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte.

Überall im Land beteiligten sich unsere Mitglieder derweil an der Fortsetzung der Proteste: In Baden-Württemberg an den Kundgebungen vor den Zentrallägern des Lebensmitteleinzelhandels (unser Vertreter Marcel Herkner ist inzwischen im Dialog mit der Regionalleitung der Kaufland-Gruppe), in Hamburg bei der Blockade des Hafens, in Frankfurt am Main bei der Demonstration am Flughafen und in Magdeburg beim Besuch der grünen Parteivorsitzenden Ricarda Lang (unser Vertreter Frerk Arfsten erhielt einen Gesprächstermin) ...

FREIE BAUERN zum Hamburger Hafen: Wer die Landwirtschaft stilllegen will, muss damit rechnen, selber stillgelegt zu werden



(29.01.2024) Die FREIEN BAUERN haben die Blockade der wichtigsten Zufahrten zum Hamburger Hafen durch eine Gruppe von Demonstranten als „mutiges Signal für unsere heimische Landwirtschaft und eine sichere Lebensmittelversorgung“ bezeichnet. „Ich habe allerhöchsten Respekt vor den Berufskollegen, die mit ihrer ebenso überraschenden wie aussagekräftigen Protestaktion zeigen, wie angreifbar der Agrarimport aus fernen Ländern ist“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN, der seit Montag nachmittag an der Köhlbrandbrücke ausharrt: „Wir sehen uns seit Jahren mit einer Politik konfrontiert, die unsere heimische Landwirtschaft ausbremsen und stilllegen will – dieser Politik halten die beteiligten Bauern hier in überdeutlicher Weise den Spiegel vor, und das finde ich großartig.“ Längst gehe es nicht mehr nur um die von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhungen, argumentiert der 58jährige Milchviehalter aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „Wir verlangen ein grundlegendes Umsteuern in der Agrarpolitik, das unseren Höfen faire Rahmenbedingungen für die Zukunft sichert.“

Die Forderung der Demonstranten, Bundeskanzler Olaf Scholz oder Finanzminister Christian Lindner mögen am Hamburger Hafen auftauchen und mit ihnen in einen echten Dialog treten, hält Guhl deshalb für vollauf berechtigt: „Diese Bundesregierung hat, früheren Ankündigungen zum Trotz, Freihandelsabkommen mit Kanada und Neuseeland abgeschlossen, sie hat Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten und Chile und damit den Import riesiger Mengen Rindfleisch und Zucker vorbereitet, sie hat den EU-Markt für billiges ukrainisches Getreide geöffnet und damit einen massiven Preisverfall verursacht, über all das müssen wir reden.“ Die FREIEN BAUERN hatten seit Beginn der Proteste gefordert, den Preisdruck durch Importe und Monopole zu verringern und praxisferne Auflagen bei Düngung, Pflanzenschutz und Nutztierhaltung zurückzunehmen, so Guhl: „Es gibt nur zwei Parameter für erfolgreiche Agrarpolitik: eine hohe Selbstversorgung mit Lebensmitteln und viele tüchtige Bauernfamilien, die ihre eigenen Höfe bewirtschaften.“ Landwirtschaft sei die Grundlage der Wirtschaft – wenn Hamburg Deutschlands Tor zu Welt bleiben wolle, dürften man nicht zulassen, dass drumherum die Hoftore geschlossen werden.

Die Forderung der Demonstranten, Bundeskanzler Olaf Scholz oder Finanzminister Christian Lindner mögen am Hamburger Hafen auftauchen und mit ihnen in einen echten Dialog treten, hält Guhl deshalb für vollauf berechtigt: „Diese Bundesregierung hat, früheren Ankündigungen zum Trotz, Freihandelsabkommen mit Kanada und Neuseeland abgeschlossen, sie hat Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten und Chile und damit den Import riesiger Mengen Rindfleisch und Zucker vorbereitet, sie hat den EU-Markt für billiges ukrainisches Getreide geöffnet und damit einen massiven Preisverfall verursacht, über all das müssen wir reden.“ Die FREIEN BAUERN hatten seit Beginn der Proteste gefordert, den Preisdruck durch Importe und Monopole zu verringern und praxisferne Auflagen bei Düngung, Pflanzenschutz und Nutztierhaltung zurückzunehmen, so Guhl: „Es gibt nur zwei Parameter für erfolgreiche Agrarpolitik: eine hohe Selbstversorgung mit Lebensmitteln und viele tüchtige Bauernfamilien, die ihre eigenen Höfe bewirtschaften.“ Landwirtschaft sei die Grundlage der Wirtschaft – wenn Hamburg Deutschlands Tor zu Welt bleiben wolle, dürften man nicht zulassen, dass drumherum die Hoftore geschlossen werden.

FREIE BAUERN solidarisch mit Polen: Wir brauchen eine funktionierende Transit-Lösung für ukrainische Agrarprodukte

(22.02.2024) Die FREIEN BAUERN haben den gegen Billigimporte aus der Ukraine protestierenden Berufskollegen in Polen ihre Solidarität versichert. „Die zollfreie Einfuhr von Getreide, Ölsaaten und anderen Agrarprodukten aus der Ukraine darf nicht über den Juni 2024 hinaus verlängert werden“, sagte Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN und forderte eine funktionierende Transit-Lösung von der EU-Grenze auf schnellstem Weg zu den Häfen. „Wir haben kein Problem damit, dass die EU der durch Blockade der Schwarzmeerroute geschädigten ukrainischen Landwirtschaft den teureren

Landweg subventioniert“, stellt der 52jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen klar: „Aber wir wehren uns dagegen, dass dieser Weg mitten in Europa endet und Billigware aus der Ukraine unsere Existenzen bedroht.“ Polnische und deutsche Bauern könnten nicht konkurrieren mit einer von Konzernen und Oligarchen betriebenen Großlandwirtschaft, die die sozialen und ökologischen Standards der EU massiv unterschreitet und daher mit deutlich geringeren Preisen auskommt.

Theoretisch haben Polen, Ungarn und die Slowakei die Einfuhr so geregelt, dass das Getreide in verplombten LKW und Waggons das Land passieren muss, berichtet Ehrenberg. Praktisch werde diese Regelung nach den Berichten der polnischen Berufskollegen vielfach unterlaufen und spätestens hinter der Grenze zu Deutschland dadurch konterkariert, dass es von dort aus frei verkauft und verteilt werden kann. Ehrenberg: „Die großen Agrarhandelsunternehmen füllen sich Läger und Kassen, und zwar auf Kosten unserer heimischen Landwirtschaft, die unter sinkenden Erlösen leidet, und natürlich auf Kosten der Menschen in Nord- und Ostafrika, für die noch weniger übrig bleibt als vorher.“ Von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir verlangen die FREIEN BAUERN deshalb erneut eine Initiative mit der neuen polnischen Regierung, den Transit von ukrainischen Agrarprodukten europaweit nachvollziehbar so zu organisieren, dass diese wieder die afrikanischen Abnehmerländer erreichen. Die Untätigkeit des Ministers angesichts der offensichtlichen sozialen und ökologischen Verwerfungen sei mittlerweile unerträglich.

Jahrzehntelang seien hohe Energiepreise gleichbedeutend mit hohen Weizenpreisen und hohen Agrarpreisen insgesamt gewesen, erinnert Ehrenberg: „Seit Öffnung der Zollgrenze zur Ukraine ist es damit vorbei, wir sind gleichzeitig mit gestiegenen Ausgaben und gesunkenen Einnahmen konfrontiert – das ist der eigentliche Grund, weshalb wir die Steuererhöhung beim Agrardiesel nicht akzeptieren können und auch in Deutschland die Bauernproteste gemeinsam mit vielen anderen unzufriedenen Menschen bis heute andauern.“

FREIE BAUERN, Bauernbund und LSV stellen Ricarda Lang in Magdeburg zur Rede: Gesprächstermin vereinbart



(25.02.2024) FREIE BAUERN, Bauernbund und LSV haben die grüne Bundesvorsitzende Ricarda Lang am Samstag vor einer Veranstaltung in Magdeburg mit mehr als hundert Traktoren empfangen und von ihr die Zusage erhalten für einen Gesprächstermin. „Ein erstes kurzes Gespräch am Eingang des Veranstaltungszentrums verlief

ergebnislos, aber wir konnten dabei zumindest deutlich machen, dass wir die Steuererhöhung beim Agrardiesel nicht akzeptieren und auch keinen Tierwohl-Cent wollen“, sagte Frerk Arfsten von den FREIEN BAUERN, der die Demonstration angemeldet hatte: „Wir sind die faulen Kompromisse mit der Bundesregierung leid und verlangen faire ökonomische Rahmenbedingungen für mehr Wertschöpfung auf unseren Betrieben.“ Als die Bauern nach Abschluss der Veranstaltung immer noch vor Ort waren, bot Lang schließlich einen Gesprächstermin zu Anfang April an, um die Forderungen mit der nötigen Zeit zu

diskutieren. Bei der Abfahrt kam es kurzfristig zu einer Eskalation, als ein Nicht-Landwirt einen Gegenstand Richtung Auto der Politikerin schmiss und ein Polizist einen Landwirt verletzte. Die Lage sei allerdings schnell wieder im Griff gewesen, so Arfsten: „Zu beiden Vorfällen haben wir Videomaterial gesammelt und der Polizei bzw. dem Rechtsanwalt des Landwirts zur Verfügung gestellt. Der Termin mit dem Büro Lang ist inzwischen vereinbart. Jetzt versuchen wir noch, diesen von beiden Seiten so zu besetzen, dass es keine unverbindliche Plauderrunde wird, sondern wir Nägel mit Köpfen machen können.“

Auch dieser Rundbrief wird nicht aktuell sein, die Abstimmung im Bundesrat am 22. März liegt nach Redaktionsschluss. Wir können nur ein Stück des Weges dahin nachzeichnen: von einer CDU, die ohne Grund ihre Zusagen zurückzieht, von einem Bauernverband, der ohne Grund einen Kompromiss anbietet. Da tun sich Abgründe auf ...

FREIE BAUERN raten Friedrich Merz: Chance der Agrardiesel-Unterstützung nicht leichtfertig verspielen

(26.02.2024) Die FREIEN BAUERN haben CDU-Oppositionsführer Friedrich Merz davon abgeraten, aufgrund der andauernden Bauernproteste seine Unterstützung für den Erhalt des Agrardiesels zurückzuziehen. „Brennende Autoreifen sind nicht unser Stil, schon wegen der Umweltbelastung“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN: „Aber wer wegen ein paar Feuern am Rande einer absolut berechtigten Protestdemonstration, wo nicht mal erwiesen ist, dass Landwirte sie angezündet haben, eine wichtige wirtschaftspolitische Position seiner Partei in Frage stellt, sollte sich zweimal überlegen, ob er dem Kanzleramt gewachsen ist.“ Die CDU habe sich nach ihrer anfänglichen Zustimmung zur Steuererhöhung in den letzten zwei Monaten gerade mühsam ein Stück Glaubwürdigkeit gegenüber der Landwirtschaft erarbeitet, das Merz mit seiner Drohung jetzt wieder untergrabe, befürchtet der 63jährige Ackerbauer aus dem sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Die gestrigen Äußerungen von Merz gegenüber dem Tagesspiegel wirken geradezu kindisch im Vergleich zur Reaktion der von den Protesten betroffenen grünen Bundesvorsitzenden Ricarda Lang.“ Diese hatte den Demonstranten vorgestern in Magdeburg einen Gesprächstermin angeboten, den FREIE BAUERN, Bauernbund und LSV selbstverständlich wahrnehmen werden.

„Nach wie vor hoffen wir, dass die CDU für den Agrardiesel kämpft und die geplante Streichung im Bundesrat noch verhindert“, so Wolff: „Die Partei sollte diese Chance, sich als kraftvolle Verbündete der Landwirtschaft zu profilieren, nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.“ Die Proteste würden so lange fortgesetzt, wie die Politik Anlass dafür gebe, kündigen die FREIEN BAUERN an und wünschen sich von der CDU, dass auch sie in einen Dialog mit den protestierenden Landwirten trete, anstatt sich lediglich mit ihr treu ergebenen Verbandsfunktionären auszutauschen.

FREIE BAUERN bekräftigen Ablehnung von Tierwohl-Cent: Faire Rahmenbedingungen statt neuer Subvention

(15.02.2024) Die FREIEN BAUERN haben ihre Ablehnung des zunächst als Bauern-Soli von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir ins Gespräch gebrachten Tierwohl-Cent bekräftigt. „Wir wollen dieses Geld nicht, das durch eine Sondersteuer auf Fleisch generiert werden soll, denn wir wollen selber entscheiden, mit unserem eigenen Geld, ob und

wie wir unsere Ställe baulich weiterentwickeln oder nicht“, sagte Jann-Harro Petersen von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Nach meinem Verständnis kann eine Haltungsform nur dann nachhaltig sein, wenn die damit erzeugten Produkte tatsächlich nachgefragt werden.“ In der Debatte um den Tierwohl-Cent zeige sich schlaglichtartig eine grundsätzlich unterschiedliche Herangehensweise der Verbände an die aktuellen agrarpolitischen Herausforderungen, so der 46jährige Bio-Milchviehhalter aus dem schleswig-holsteinischen Tating: „Während Bauernverband und AbL diese zusätzliche Subvention für einzelne Betriebe als Chance sehen, befürchten wir noch mehr staatliche Regulierung und verlangen statt dessen faire Rahmenbedingungen und unternehmerische Eigenverantwortung.“ Man müsse die gegnerische Position nicht verteufeln, um festzustellen, dass es innerhalb der Landwirtschaft unterschiedliche Einschätzungen über den richtigen Weg gebe, die sich logischerweise in unterschiedlichen Verbänden widerspiegeln.

An die FDP-Bundestagsfraktion appellierte Petersen, standhaft zu bleiben und dem Tierwohl-Cent weiterhin die Zustimmung zu verweigern: „Als Steuer auf alle Fleischprodukte dürfte er keine Zweckbindung haben, als zweckgebundene Abgabe wiederum dürfte er nur auf heimische Ware erhoben werden und würde diese damit im Wettbewerb benachteiligen. Beides wäre kontraproduktiv.“ Dass die Bundesregierung bislang auf die Vorschläge der FREIEN BAUERN überhaupt nicht eingegangen ist und statt dessen über eine neue Subvention nachdenkt, findet er enttäuschend: „Mit den Grünen wollten wir in der Vergangenheit die Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette stärken. Jetzt sind sie zwei Jahre an der Regierung und haben nichts unternommen gegen die Marktmacht der Monopole und den Preisdruck durch Importe.“ Konkret fordern die FREIEN BAUERN etwa eine Entflechtung der Monopole in Lebensmitteleinzelhandel und Industrie, eine Vertragspflicht mit konkreter Preisvereinbarung für die Lieferung von Milch und Vieh, eine Herkunftskennzeichnung, den Abbruch der Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten und Chile sowie das Auslaufen der Zollfreiheit für ukrainische Agrarprodukte.

Bauernbund, LSV und FREIE BAUERN in Sachsen-Anhalt gegen Kompromissangebot des Bauernverbandes

(09.03.2024) Mit Unverständnis haben Bauernbund, LSV und FREIE BAUERN in Sachsen-Anhalt auf die Ankündigung des Deutschen Bauernverbandes reagiert, bei der von der Bundesregierung geplanten Streichung der Agrardieselrückerstattung einen Kompromiss akzeptieren zu wollen. „Wir sind doch nicht monatelang gegen diese völlig überzogene und ungerechte Steuererhöhung auf die Straße gegangen, um jetzt kleinlaut zurückzurudern“, sagte Martin Dippe vom Bauernbund. Viele Berufskollegen, die noch Mitglied im Bauernverband seien, hätten mitdemonstriert und seien durch die Ankündigung wie vor den Kopf geschlagen. „Mit unseren flächendeckenden friedlichen Protesten haben wir erreicht, dass die derzeit größte Oppositionspartei ihre Zustimmung zum Wachstumschancengesetz an den Erhalt des Agrardiesels gekoppelt hat“, erinnerte Frank Böcker von LSV. Mit seiner nebulösen Kompromissbereitschaft falle der Bauernverband denjenigen Unionspolitikern in den Rücken, die zur Landwirtschaft stehen. „Man kann doch keine berechtigte Forderung zurücknehmen, wenn man die Gegenleistung nicht kennt“, kritisierte Frank Arfsten von den FREIEN BAUERN: „Wenn wir eine Transitlösung für ukrainisches Getreide und Ölsaaten kriegen und eine Vertragspflicht für Milch- und Schlachtviehlieferungen, wäre das etwas anderes.“ Wer einen Kompromiss anbiete, müsse klare Vorstellungen haben, wie Geld auf die Höfe kommt. Bauernbund, LSV und FREIE BAUERN bleiben deshalb bei ihrer Forderung, die Streichung der Agrardieselrückerstattung komplett zurückzunehmen.

Jann-Harro Petersen begrüßt auf unserem Schleswig-Holstein-Treffen im Februar rund 80 Teilnehmer. Ganz so viele waren es anderenorts nicht, aber auch auf den anderen Winterversammlungen in Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg gab es leckeres Abendessen, angeregte Diskussionen über den Vortrag von Reinhard Jung „Agrarwende am Ende – wir noch lange nicht“ und den Stand der Proteste sowie ein geselliges Miteinander unter Gleichgesinnten bis tief in die Nacht hinein.



Wo stehen wir im Frühling 2024? Wir hatten die größten Bauernproteste in der Geschichte der Bundesrepublik, eine flächendeckende Mobilisierung des Berufsstandes, eine nie dagewesene Unterstützung in der Bevölkerung. Die FREIEN BAUERN haben diese Proteste stark mitgeprägt. Streckenweise gelang die Zusammenarbeit mit LSV Deutschland und wir konnten gemeinsam deutlich machen, dass es uns um mehr geht als um den Agrardiesel, nämlich um Selbstbestimmung und Wertschöpfung für unsere bäuerlichen Familienbetriebe. In dem Maße, wie wir die Fortführung der Proteste und unsere Themen etablieren konnten, nahmen die Diffamierungen als „rechtspopulistisch“ zu, für die Aktiven eine echte psychische Belastung, obwohl wir viel an unseren Rechtsanwalt abgegeben haben. Von Gesprächen mit der Bundesregierung sind wir weit entfernt, während alle anderen Verbände von der Ampel eingeladen wurden. Sicher weiß Cem Özdemir, dass wir sehr konkrete Vorstellungen haben und uns nicht verschaukeln lassen. Und wer beim Bauernverband auf der Bühne stehen will, muss auch mal den Mund halten können, das fällt uns halt schwer. Trotzdem sind wir überzeugt davon, dass unser Weg richtig ist. Dass unser Berufsstand sich zur Zeit in der Defensive befindet gegen Exportindustrie, Großkapital und ideologisch verblendetes Gutmenschentum, hängt leider damit zusammen, dass er in den vergangenen 30 Jahren keine unabhängige und inhaltlich überzeugende Interessenvertretung hatte. Diese Lücke wollen wir füllen: Dass wir allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres um 12 Prozent gewachsen sind auf inzwischen 1.860 Mitglieder, spricht für sich.

Voller Saal auf der Hauptversammlung der FREIEN BAUERN in Brandenburg: Vor 180 Teilnehmern sprachen Hubert Aiwanger (Bundesvorsitzender Freie Wähler, Foto links unten mit Ralf Ehrenberg, Alfons Wolff, Marco Hintze, Lutz Wercham und Frieda Salzwedel, im Uhrzeigersinn) und Amira Mohamed Ali (Bundesvorsitzende Bündnis Sahra Wagenknecht, Foto unten). Auch mit diesen beiden Parteien führen wir einen kritischen Dialog.





Neben dem Protest haben wir natürlich auch weiter Agrarpolitik gemacht, beispielhaft dafür hier zwei Pressemitteilungen zu der von uns geforderten Vertragspflicht für Milchlieferungen, an der die Bundesregierung tatsächlich arbeitet. Diese war auch eines der Themen beim Besuch des fachlich zuständigen FDP-Bundestagsabgeordneten Ingo Bodtke auf dem Betrieb unseres Bundes-sprechers Alfons Wolff (Foto). Ein von uns initiiertes Fachgespräch im Bundestag zeigte eindeutig die Vorteile der Vertragspflicht. Dennoch liegt inzwischen ein Entwurf aus dem Ministerium vor, der in die gegenteilige Richtung geht. Wahrscheinlich wird es auf die FDP ankommen, die ihr Bekenntnis zum Markt mal mit Leben erfüllen könnte.

FREIE BAUERN kritisieren: CDU/CSU-Fraktion stellt sich gegen die deutschen Milcherzeuger

(21.12.2023) Die FREIEN BAUERN haben der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgeworfen, in der Agrarpolitik jede Bodenhaftung verloren zu haben. „Eine ernsthafte Opposition zur grünen Agrarwende hat es in den vergangenen zwei Jahren nie gegeben, nur die billige Forderung nach immer mehr Steuergeldern für einen aus unserer Sicht völlig unsinnigen Umbau der Landwirtschaft“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Und ausgerechnet in dem Moment, wo die Bundesregierung mit der Vertragspflicht für Milchlieferungen erstmals eine substanzielle Verbesserung zugunsten der Milcherzeuger durchsetzen will, schießt die Union quer.“ Mit ihrer diese Woche eingereichten Kleinen Anfrage zur Milchproduktion in Deutschland bringe sich die Union jedenfalls deutlich in Stellung gegen die langjährige Forderung der Milchbauern, endlich gleichberechtigt am Markt teilnehmen zu können, kritisiert der 58jährige Landwirt aus dem mecklenburgischen Vorderhagen: „Nach Auffassung von Albert Stegemann ist es für einen funktionierenden Markt offenbar ausreichend, wenn wir unsere gesamte Milch an nur eine Molkerei liefern und diese Molkerei uns Monate später mitteilt, was sie dafür zu zahlen bereit ist.“

Die Bundesregierung plant, auf Grundlage des Artikels 148 der Europäischen Marktordnung für alle Milchlieferbeziehungen vorzuschreiben, dass Bauern und Molkerei sich vor Lieferung der Ware über Menge und Preis verständigen müssen. „Was überall sonst selbstverständlich ist, nämlich dass beide Marktpartner sich vor einem Geschäft handelseinig werden müssen, stellt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als staatlichen Eingriff in die freie Marktwirtschaft dar“, kritisiert Guhl. Das Gegenteil sei richtig – die gegenwärtig starre Bindung der Milcherzeuger an nur eine Molkerei mit einseitiger Preisfestsetzung durch die Molkerei sei ein Relikt aus dem Genossenschaftswesen des 19. Jahrhunderts und führe unter heutigen Bedingungen zu einer Ausbeutung der Milchbauern, so Guhl: „Ich finde es erbärmlich, wie sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion als verlängerter Arm der Milchindustrie missbrauchen lässt.“ In Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein habe die CDU längst Beschlüsse gefasst, die Umsetzung des Artikels 148 zu unterstützen und damit fairen Wettbewerb um die Milch zu ermöglichen.

FREIE BAUERN: Geplante Vertragspflicht muss für ausnahmslos alle Milchlieferungen gelten

(06.03.2024) Die FREIEN BAUERN haben Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir aufgefordert, die von ihm geplante Umsetzung des Artikels 148 der EU-Marktordnung konsequent zugunsten der Milcherzeuger zu nutzen. Nur eine Vertragspflicht für ausnahmslos alle Milchlieferungen mit konkret bezifferten Mengen und Preisen könne den bisher fast rechtlosen Milcherzeugern gleichberechtigte Teilhabe am Markt ermöglichen, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN, und argumentiert, dass eine entsprechende Verordnung keine zusätzlichen Haushaltsmittel beanspruchen würde, wohl aber der Wertschöpfung auf den Betrieben dienlich sei: „Die derzeit übliche Praxis bei den Milchlieferungen halten wir für sittenwidrig, weil die Bauern ihre gesamte Milchmenge an nur eine Molkerei abliefern müssen und diese Molkerei Monate später einseitig festlegt, was sie dafür zahlt. So etwas gibt es nirgendwo sonst in der Wirtschaft, das ist Ausbeutung pur.“

Umso erschrockener waren die FREIEN BAUERN, als sie kürzlich im Arbeitsentwurf für die Verordnung lesen mussten, dass sich die von der Bundesregierung geplante Vertragspflicht nur auf einen Teil der Milchmenge beziehen soll, so Wolff: „Dadurch sowie aufgrund weiterer Einschränkungen wäre die Verordnung völlig wirkungslos und das Ergebnis der ebenfalls vorgesehenen Evaluierung in fünf Jahren stünde von vornherein fest.“ Eine solche Umsetzung des Artikels 148 würde nicht nur das Machtgefälle bei den Milchlieferungen für weitere fünf Jahre zementieren, sondern die Milcherzeuger auch noch mit bürokratischem Mehraufwand belasten, kritisieren die FREIEN BAUERN. Özdemir dürfe sich nicht „von Bauernverband, Genossenschaftsverband und Milchindustrieverband sowie deren Handlangern in Unionsfraktion und Ministerialbürokratie an der Nase herumführen lassen“, verlangt Wolff und besteht auf einer umfassenden Vertragspflicht für alle Milchlieferungen.

Auf den nächsten Rundbrief verschieben müssen wir leider das Urteil und die eventuelle Revision im Prozess gegen den Kälbermord-Lügner Hannes Jaenicke, unsere Aktivitäten zur Ausweisung der Moorkulisse in Niedersachsen, zur Richtlinie Moorschutz und zur Novelle der Höfeordnung in Brandenburg, unsere Feststellungsklage gegen die FotoApp und erste Ergebnisse der Arbeitsgruppe Antragsfrei und mehr, wir haben definitiv noch viel vor.

Aus dem Fanshop (ganz unten auf der Seite www.freiebauern.de) haben sich unsere Mitglieder Johanna Fischer und Tobias Leppin das Logo runtergeladen und diese eleganten Mützen für die Demo in Berlin selbst in Auftrag gegeben. Sie machten aus der Not eine Tugend, denn wie unser Dienstleister zugab: „Nach dem 15. Dezember ist die Bestellung von Traktorschildern, Fahnen, Bannern, Jacken und Mützen mit dem FREIE-BAUERN-Logo regelrecht explodiert, keine Lieferfristen konnten garantiert werden.“ So behelfen sich viele Mitglieder mit örtlichen Werbefirmen ... und wir waren bei den Protesten diesmal unübersehbar – ein schönes Zeichen der gemeinsamen Verbundenheit!



Und hier kommt für Internet-Muffel eine Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan.
Gern per Post an: FREIE BAUERN, Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitzebel

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort:

Unterschrift: